

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Verlegungen nehmen die Anzeigen und die Anzeigen die Poststellen entgegen. — Erscheint wöchentlich. Fernsprech-Anschluss Nr. 43.

Verlegungen nehmen die Anzeigen und die Anzeigen die Poststellen entgegen. — Erscheint wöchentlich. Fernsprech-Anschluss Nr. 43.

Telegramme: Tageblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1999

Nr. 198 Freitag, den 24. August 1928 23. Jahrgang

Was bedeutet der Kellogg-Pakt?

Von Dr. Kälig, Reichsminister a. D.
Am 27. August wird in Paris der Kellogg-Pakt von den verantwortlichen Ministern und Beauftragten der Hauptmächte unterzeichnet werden. Die dem deutschen Volke stark im Auge stehende Kellogg-Politik wird in der Öffentlichkeit der Dinge hat uns früher manchen Aben Streich gespielt, gleichviel, ob wir unser politisches Lager rechts, links oder in der Mitte haben. So hat seinerzeit auch eine beredsame, außerhalb der verantwortlichen Regierungskreisen zu suchende Regie das, was sich mit den Namen Locarno und Thoiry verknüpfte, weit von der realpolitischen Grundlage hinweg ausgelegt. Wir müssen uns Mühe geben, gegenüber der bevorstehenden Reise Stresemanns nach Paris und der Unterzeichnung des sogenannten Kriegsschlichtungspaktes nicht in den gleichen Fehler zu verfallen.

Was bedeutet der Kellogg-Pakt? Er ist eine Geste gegen den Angriffskrieg; nichts mehr und nichts weniger. Irgendeine unmittelbare praktische Auswirkung ist von ihm nicht zu erwarten. Er ist eine von den vielen Taten, im Leben der Völker eine Atmosphäre zu schaffen, in welcher der Gedanke friedlicher Verständigung besser gedeihen kann als bisher. Man kann nicht sagen, daß diese von Amerika jetzt ausgehende Geste unter besonders günstigen Verhältnissen vollzogen wird. Im Gegenteil. Das französisch-englische Seeabkommen, das nach den Grundrissen der früheren Geheimdiplomatie bisher noch nicht einmal veröffentlicht worden ist, hat in Amerika die ernste Besorgnis ausgelöst, daß ein Zusammenarbeiten der vereinigten britisch-französischen Flotten die Lage zur See zu Ungunsten Amerikas verschleppen könne. Auf jeden Fall wird die Arbeit der vorbereitenden Abrüstungskonferenz durch die Stimmung oder Verstimmung Amerikas bis auf weiteres erheblich beeinträchtigt werden.

Und trotzdem geht Stresemann persönlich nach Paris zur Unterzeichnung. Er tut recht daran. Zunächst ist auch sein Erscheinen eine Geste, und zwar eine solche der Höflichkeit gegenüber Amerika. Aber sein Besuch in Paris ist mehr als das; er ist, wie der „Tempo“ mit Recht ausführt, eine neuer Schritt auf dem Wege der Entspannung- und Verständigungspolitik, der Politik der Wiederberuhigung und der Annäherung. Wenn der „Tempo“ als den hauptsächlichsten Nutznießer einer solchen Politik Deutschland bezeichnet, so darf demgegenüber darauf hingewiesen werden, daß auch Frankreich ein Lebensinteresse daran hat, sich in einem befriedeten Europa entwickeln zu können.

Jedenfalls ist der Besuch Stresemanns ein sichtbares Zeichen von dem Wandel der Dinge, der sich durch seine Politik seit 1924 vollzogen hat. Wer hätte noch vor drei Jahren angenommen, daß im Jahre 1928 ein deutscher Minister des Auswärtigen ohne die nationale Würde zu verlieren in Paris einen offiziellen Besuch machen könnte! Der Besuch wird den Franzosen und der Welt zeigen, daß Deutschland seinerseits nichts daran gelegen ist, die Spannung der Vergangenheit aufrecht zu erhalten. Offenkundig wird dies in Frankreich dahin wirken, auch von französischer Seite stärker als bisher an der Beseitigung der Ueberreste einer vergangenen Zeit mitzuwirken.

Wenn es sicherlich auch feststeht, daß über den Kellogg-Pakt hinaus offizielle Verhandlungen über deutsch-französische Fragen in Paris nicht geführt werden, so ist es doch ebenso selbstverständlich, daß man bei dem Pariser Aufenthalt Stresemanns nicht nur vom Wetter sprechen wird. Jedes persönliche Zusammenkommen eröffnet und gewährleistet die Möglichkeit zur Festigung der persönlichen Beziehungen zwischen den leitenden Staatsmännern, und das kann niemals etwas schaden. Man hat davon gesprochen, ob Stresemann vom Kabinett Richtlinien mit auf den Weg bekommen solle. Mein Gott, hat man denn von politischen Richtlinien nach den Erfahrungen der letzten Zeit immer noch nicht genug! Es wäre aber schlimm bestellt um das Kabinett, wenn über die allgemeinen Grundzüge der Außenpolitik nicht volle Klarheit und Uebereinstimmung herrschte. Eine gebundene Marschroute ist mehr noch als in der inneren Politik für die Außenpolitik eine Quelle der Hemmungen und Gefahren.

Wir sollen also nicht mit übertriebenen Hoffnungen dem Außenminister nach Paris folgen, aber mit Vertrauen in die von ihm bisher getriebene Politik. Wenn eine Politik eines immer weiter ausgreifenden Imperialismus seit über hundert Jahren in der Welt getrieben worden ist, und wenn der Militarismus in Europa jene ungeheure Uebersteigerung erfahren hatte, die zu der bisher größten Katastrophe der Menschheit im Weltkriege führte, dann kann

Einmütig in der Außenpolitik Keine Zugeständnisse für eine Rheinlandräumung

In der gestrigen unter Vorsitz des Reichskanzlers abgehaltenen Kabinettsitzung gaben Reichsaußenminister Dr. Stresemann und Staatssekretär v. Schuberth einen Ueberblick über die außenpolitische Lage und über die Probleme, die in der bevorstehenden Völkerversammlung zur Erörterung stehen. An die erwähnten Darlegungen schloß sich eine eingehende Aussprache, die die völlige Einmütigkeit des Kabinetts über die Behandlung der aktuellen außenpolitischen Fragen ergab.

Die weiteren Verhandlungen des Kabinetts galten der Krisenfürsorge. Das Kabinett beschloß, von einer Zwischenlösung abzusehen und die Verlängerung der Unterstützungsbauer auf 39 Wochen, die der Reichstag vor seinem Auseinandergehen gewünscht hatte, mit Wirkung vom 17. September d. J. in Kraft zu setzen.

„Nicht für fünf Minuten“

Im Zusammenhang mit der obigen amtlichen Verlautbarung über die gestrige deutsche Kabinettsitzung ist es besonders beachtenswert, daß die „Nationalistische Korrespondenz“, die Dr. Stresemann nahesteht, zu einer Meldung, wonach Frankreich und Belgien für die Räumung der dritten Zone die dauernde internationale Kontrolle im Rheinland, Mobilisierung eines erheblichen Teiles der Dawes-Bonds, ein Ost-Lothar zwischen Deutschland und Polen, einen erneuten Verzicht auf den Anschluß und Einlösung der von der deutschen Regierung in Belgien ausgegebenen Franken fordern werden, schreibt:

„Wir halten diese Meldung für erfunden, weil man an allen maßgebenden Stellen Belgiens und Frankreichs genau weiß, daß sich in Deutschland keine wie immer zusammengesetzte Regierung finden würde.

eine Gefundung der politischen Atmosphäre und der machtpolitischen Einstellung der Staaten und Völker nur langsam vor sich gehen. Gerade deswegen muß es das Ziel der Entwicklung sein, einen Abbau dieser katastrophenschwangeren Politik und einen Aufbau einer auf anderen Grundrissen der Völkerverbeziehungen beruhenden Politik bewußt und mit Nachdruck zu betreiben.

Demokratische Erklärung zum Panzerbau.

Nachdem über die Haltung der demokratischen Minister im Reichskabinett zu der Frage des Baues des Panzerkreuzers widersprechende Meldungen in die Presse gelangt sind, hat der „Demokratische Zeitungsdiener“ über die Gründe, die die demokratischen Minister zur Zustimmung zum Bau des Panzerkreuzers veranlaßt haben, folgende Auskunft eingeholt: Die demokratischen Minister haben ihre Meinung, daß der Bau des Panzerkreuzers politisch unerwünscht und militärisch unzweckmäßig ist, nicht geändert. Die politische Lage machte aber den Versuch, den vom Reichstag beschlossenen Bau des Panzerkreuzers zu Fall zu bringen, aussichtslos. Eine Zustimmung derjenigen Minister, die für den Bau sind, zu einer Stillierung war unerreicht. Im Reichstag ist auch nach den Neuwahlen eine Mehrheit für den Bau vorhanden. Die demokratischen Minister hatten also nur die Möglichkeit, zum Zeichen des Protestes gegen den Bau von ihrem Amte zurückzutreten und die Koalition zu sprengen. Sie haben sich dazu nicht entschlossen. Maßgebend für ihre Haltung war die Aufrechterhaltung der Koalition.

Polnische Wirtschaftssorgen.

Die starke Steigerung der polnischen Einfuhrziffern im ersten Halbjahr 1928 hat zu verschiedenen beachtenswerten Mahnungen polnischer amtlicher Stellen, polnische Waren zu bevorzugen, geführt. So hat sich der polnische Ministerpräsident Bartel an das polnische Käuferpublikum mit dem Aufruf gewandt, polnischen Waren vor ausländischen den Vorzug zu geben. Bartel legt dabei seine Hoffnungen auf die polnischen Frauen, denen er die ungarischen als Muster national gesinnter Einkäuferinnen vorhält. Er scheint in erster Linie an die Ausschaltung der Einfuhr von Toiletteartikeln und medizinischen Waren gedacht zu haben. Gleichzeitig hat auch der amerikanische Finanzkontrolleur für Polen, Dewey, in seinem

die bereit wäre, auf einer derartigen Basis auch nur zu diskutieren: Nicht fünf Minuten!“

Der gleiche Standpunkt wie in der „Nationalistischen Korrespondenz“ kommt auch in einer aus Berliner politischen Kreisen stammenden Meldung zum Ausdruck, in der es heißt, die bevorstehende Tagung des Völkerverbundes werde voraussichtlich in der üblichen Weise von Besprechungen der Außenminister begleitet sein, und es sei anzunehmen, daß dabei auch die aktuellen Fragen der deutsch-französischen Politik eingehender besprochen werden, darunter natürlich in erster Linie das Problem der Rheinlandräumung. Was diese Frage anlangt, so dürften für die deutsche Außenpolitik zwei Gesichtspunkte maßgebend sein, einmal die Notwendigkeit einer Gesamtlösung, die beide Zonen betrifft, zum anderen, daß für uns irgendwelche politischen Gegenleistungen nicht in Frage kommen. Diese Gesichtspunkte entsprächen der Linie, die die Außenpolitik seit Locarno immer verfolgt habe.

Die Reise nach Paris.

In Berliner politischen Kreisen wird darauf hingewiesen, daß die Unterzeichnung des Kellogg-Paktes für uns in erster Linie eine Angelegenheit nicht der deutsch-französischen, sondern der deutsch-amerikanischen Politik sei. Unter diesem Gesichtspunkte sei auch die Reise Dr. Stresemanns nach Paris zu betrachten. Natürlich sei zu erwarten, daß der Aufenthalt Dr. Stresemanns in der französischen Hauptstadt auch Gelegenheit zur Unterhaltung über die Fragen bieten wird, an denen wir ein besonderes Interesse haben. So wird der deutsche Außenminister gewiß auch zum ersten Male mit Poincaré in Berührung nehmen. Diesen Unterhaltungen ist aber keineswegs eine Bedeutung beizumessen, als ob sie irgendwelche greifbaren Ergebnisse zeitigen könnten.

Sie können's nicht lassen.

Polnischer Ueberfall auf litauische Grenzposten.
In der Demarkationslinie im Grenzbezirk des Kreises Trakai feuerten am 20. August polnische Soldaten aus einem Versteck auf den litauischen Grenzposten. Am Abend desselben Tages wurde von polnischen Soldaten ein anderer litauischer Grenzposten beschossen. In der darauffolgenden Nacht kam es sodann zu einem regelrechten Feuergefecht zwischen den polnischen und litauischen Grenzposten. Die Polen überfielen die litauische Grenzposten, die sich vor der polnischen Uebermacht zurückziehen mußte. Als am Morgen die litauische Grenzposten Verstärkungen erhalten hatte und wieder zur Demarkationslinie vordrang, hatten sich die Polen zurückgezogen. Vor ihrem Rückzug hatten sie einen Grenzpfahl weit in das litauische Gebiet hineingerückt. Der Pfahl wurde an die alte Stelle gebracht.

„Was ist das schon für eine Gefahr!“

Der Führer der südslawischen Vertretung zur 25. Interparlamentarischen Konferenz in Berlin, der frühere Minister Joca Jovanowitsch, hat dem Mitarbeiter der „Sofischen Zeitung“ eine Unterredung gewährt, in der er sich auch über die Anschlußfrage äußerte und etwa folgendes sagte: „Bei uns wie anderswo gibt es Leute, die die Anschlußfrage befechten. Aber die Mehrheit, die darüber nachdenkt, urteilt darüber anders als diejenigen, die erklären, daß man den Anschluß nicht erlauben darf. Kann man denn das verhindern, was unvermeidlich ist? Nein! Nichts kann den Anschluß verhindern. Uebrigens können wir, die wir uns auf der Grundlage des Nationalitätenprinzips vereinigen, jetzt nicht gegen dieses Prinzip kämpfen. Die Deutschen werden sich eines Tages einigen, wenn sie diese Einigung selbst wünschen. Was ist das schon für eine Gefahr, wenn sich sechs bis acht Millionen Oesterreicher mit dem Deutschen Reich vereinigen?“

Die Frage der ausgebildeten Reservisten.

Der politische Mitarbeiter des „Manchester Guardian“ berichtet auf Grund von Mitteilungen von zuständiger Seite, daß Großbritannien in der Frage der ausgebildeten Reservisten nachgegeben, d. h. sein Einverständnis mit der französischen Auffassung erklärt habe, wonach bei Berechnung der militärischen Stärke eines Landes die ausgebildeten Reservisten nicht berücksichtigt werden sollen.